Zeitschrift: Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer
Herausgeber: Auslandschweizer-Organisation
Band: 34 (2007)
Heft: 1

Artikel: Politik/Abstimmung : Bundesfinanzen im Plus
Autor: Lenzin, René
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-911608

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 05.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Initiative fordert staatliche Einheitskasse für alle. Nur noch eine Krankenkasse und einkommensabhängige Prämien – das verlangt die links-grüne Initiative, über die Volk und Stände am 11. März zu befinden haben. Der Bundesrat und die bürgerliche Mehrheit des Parlaments lehnen sie ab. Von René Lenzin

Die Volksinitiative «Für eine soziale Einheitskasse» hatte keinen guten Start. Nachdem das Volk im Mai 2003 eine linke Initiative mit ähnlicher Stossrichtung klar abgelehnt hatte, hatte insbesondere die sozialdemokratische Partei (SP) wenig Lust auf ein weiteres gesundheitspolitisches Abenteuer. Daher wäre die Unterschriftensammlung, die das Westschweizer «Mouvement Populaire des Familles» und die Grünen lanciert haben, beinahe gescheitert. Erst als die SP doch noch beschloss, das Begehren zu unterstützen, kam es zu Stande und wurde im Dezember 2004 mit gut 111 000 gültigen Unterschriften eingereicht.

Die Volksinitiative strebt zwei Ziele an:

- Der Bund muss im Bereich der obligatorischen Krankenversicherung eine einzige staatliche Krankenkasse einrichten. In deren Leitung sitzen zu je einem Drittel Vertreter von Behörden, Leistungserbringern und Versicherten.
- An Stelle der heutigen kantonal einheitlichen Kopfprämien zahlen die Versicherten ihre Beiträge künftig gemäss ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit.

Die Initianten machen geltend, dass das heutige System mit über 80 Krankenkassen ineffizient sei. Die Kassen gäben Millionen für Werbung aus. Und sie jagten sich gegenseitig so genannt günstige Risiken, also junge Männer, ab, statt für zahlbare Leistungen für alle zu sorgen. Schliesslich gebe es eine intransparente Vermischung von obligatorischer Grund- und privater Zusatzversicherung. All das lasse sich mit der Einheitskasse verhindern, deren Interesse nicht dem eigenen Profit, sondern dem Wohle aller gelte.

Mehr Staat im Gesundheitswesen

Im Grunde genommen geht es den Initianten jedoch um mehr als die Krankenkassen. Sie brauchen die Einheitskasse als Vehikel für einen grundlegenden Systemwechsel im Gesundheitswesen. Sie wollen weg vom heutigen Modell, das man als staatlich gelenkten Wettbewerb bezeichnen könnte. Letztlich soll der Wettbewerb eliminiert und das ganze System staatlich gelenkt werden. Auch wenn es der Initiativtext nicht vorsieht, wäre es gemäss Initianten denkbar, an Stelle einer nationalen 26 kantonale Einheitskassen mit unterschiedlichen Prämien einzurichten. Verschwinden sollen aber auf jeden Fall die aus ihrer Sicht unsozialen Kopfprämien. Wie viel die einzelnen Versicherten im Vergleich zu heute bezahlen müssten, lassen die Initianten jedoch offen.

Der Bundesrat und die Mehrheit des Parlaments lehnen die Initiative ab. Das vorgeschlagene Modell der Einheitskasse könne dazu führen, dass sich die gegensätzlichen Interessen blockierten, führen sie ins Feld. Die Kasse wäre daher schwerfällig oder gar handlungsunfähig. Hingegen biete das heutige System den Versicherten die freie Kassenwahl, und der Wettbewerb fördere Kosten dämpfende Massnahmen. Die Gegner der Initiative bestreiten nicht, dass das aktuelle Gesundheitswesen Mängel aufweist, aber sie schlagen andere Reformen vor. Der Nationalrat hat die Initiative mit 122 zu 67, der Ständerat mit 34 zu 6 Stimmen verworfen.

Bundesfinanzen im Plus. Dank guter Konjunktur und Sparpaketen schreibt der Bund wieder schwarze Zahlen. Von R. Lenzin

Den Finanzminister freut's, und auch jene Politiker, die seit Jahren über Defizite und die zunehmende Staatsverschuldung lamentieren: Im kommenden Jahr rechnet der Bund mit einem Plus von gut 900 Millionen Franken. Das zeigt das Budget 2007, welches das Parlament in der Dezembersession verabschiedet hat. Das ist eine halbe Milliarde mehr, als im Finanzplan vorgesehen war. Bereits zeichnet sich zudem ab, dass das laufende Jahr statt mit dem budgetierten Defizit von 700 Millionen mit einem hohen Überschuss abschliessen wird. Und 2005 belief sich das Minus in der Staatsrechnung nicht wie budgetiert auf 1,8 Milliarden, sondern «nur» auf 121 Millionen. Damit noch nicht genug der guten Nachrichten: Auch über das kommende Jahr hinaus stehen höhere Überschüsse in Aussicht, als es die Schuldenbremse in konjunkturell guten Zeiten vorschreibt.

Rosige Zeiten also für den eidgenössischen Kassenwart. Die Zahlen erfüllen Bundesrat Hans-Rudolf Merz denn auch mit Stolz. Er führt diese finanzpolitische Trendwende auf zwei Faktoren zurück: Zum einen beschere die gute Wirtschaftslage dem Staat deutlich höhere Einnahmen als geplant. Zum andern wirkten sich nun die beiden Entlastungsprogramme 03 und 04 aus, welche den Haushalt ausgabenseitig um fünf Milliarden Franken nach unten korrigiert hätten.

Mittelfristig drohen wieder Defizite

Auf diesem «Pfad der Tugend» gelte es nun weiterzufahren, mahnt Merz. Denn nur wenn die Politik die Ausgabendisziplin einhalten könne, gelinge eine nachhaltige Sanierung der Bundesfinanzen. Mittelfristig drohen dem Bund laut Merz trotzdem wieder Defizite, weil sich insbesondere im sozialen Bereich ein Ausgabenwachstum abzeichne, das über dem Wirtschaftswachstum liege. Mit teils schon eingeleiteten und teils noch zu definierenden Massnahmen will der Bundesrat daher die heute absehbaren Ausgaben im Jahre 2015 um 8,5 Milliarden verringern. Insgesamt würde dadurch der Staatshaushalt immer noch zunehmen. Aber nicht um jährlich 4,7 Prozent, wie es eine Fortschreibung der aktuellen Bestimmungen erwarten liesse, sondern um 3 Prozent.

Die Reaktionen auf diese bundesrätlichen Absichten sind gemischt. Mitgetragen werden sie von Freisinnigen und Christlichdemokraten. Die Schweizerische Volkspartei verlangt weiter gehende Sparmassnahmen, um die Staatsschulden von mittlerweile 130 Milliarden abbauen zu können. Für Sozialdemokraten und Grüne zeigt hingegen die aktuelle Entwicklung, dass die Szenarien der Regierung zu pessimistisch sind. Sie wollen sich gegen «Sozialabbau» zur Wehr setzen und fordern, dass nicht nur über Sparmassnahmen diskutiert wird, sondern auch über Mehreinnahmen zum Beispiel in Form einer nationalen Erbschaftssteuer.